Zur Kritik des Programmentwurfs

Von Heinrich Cunow

(Schluss statt Fortsetzung)

III

Was soll im neuen Programm an die Stelle der Erfurter Entwicklungsperspektive treten?


Der Grundgedanke des Erfurter Programms, daß die Partei bewußtes Werkzeug einer wissenschaftlich erkannten Entwicklung sein müsse, war richtig; er verlangt jeber eine andere Ausführung. Das Erfurter Programm rechnete mit einem Katastrophenpunkt dieser Entwicklung, an dem die Partei erst zur vollen Entfaltung ihrer Aktivität gelangen sollte; da aber dieser Punkt ziemlich weit im Zukunftsnachbar lag, mußte es darauf verzichten, für den Augenblick seines Eintrittes Verhaltungsmaßregeln zu geben; es mußte sich auf zunächstliegende, auch innerhalb der bestehenden Gesellschaftsordnung durchführbare Forderungen beschränken.


1 Ich hatte beabsichtigt, diesem dritten Artikel einen vierten folgen zu lassen, der sich mit den einzelnen Spezialforderungen des neuen Programmentwurfs beschäftigt. Da mir aber einige Mitarbeiter bereits Artikel über derartige Forderungen zugefunden oder angekündigt haben, mußte ich zunächst meine Mitarbeiter zu Worte kommen lassen.
kommt aber alles an. Soll der gewünschte Passus im neuen Programm etwa folgendermaßen heißen: „Alle gesellschaftliche Entwicklung ist eine gesellschaftliche, und auch die Fortschritt zur sozialistischen Gesellschaftsordnung vollzieht sich mit gesellschaftlicher Notwendigkeit nach bestimmten die Entwicklung beeinflussenden Bewegungsgesetzen vermittelt der immer mehr an wirtschaftlicher, politischer und geistiger Bedeutung im gesellschaftlichen Lebensprozeß zunehmenden Arbeiterklasse."

Ich glaube, eine solche oder eine ähnliche abstrakte Formulierung des marxistischen Entwicklungsgedankens würde durchaus nicht die agitatorische Wirkung haben, die nach dem Wunsche vieler das neue Programm haben soll. Von den meisten würde sie überhaupt kaum richtig verstanden werden, und zwar nicht nur von den sogenannten „politisch Ungebildeten“, denn wie ich schon im vorigen Artikel erwähnte, wird in unserer Partei der Marxistische Begriff der sozialen Gesellschaftlichkeit und der gesellschaftlichen Notwendigkeit sehr verfeinert interpretiert.

noch weit schärfer hervortreten; können sie nicht — um einen Marxschen Ausdruck zu gebrauchen — «um f e h l e n»?

Vielleicht wird mancher Leser sagen: «Das mag alles richtig sein, aber bei einem Parteiprogramm kommt es nicht in erster Linie auf die Wissenschaft, sondern auf die Verwertbarkeit seiner Säge in der Agitation an.» Ich halte das für verkehrt: ein Parteiprogramm soll sicherlich keine bloße wissensschaftliche Abhandlung sein, aber direkt verkehren gegen wissenschaftliche Erkenntnisse soll es ebenso wenig.


Wenn aber auch in den bisherigen Programmkritiken jede Angabe darüber fehlt, wie die Kritiker des Programmentwurfs sich das Entwicklungs schema denken, das sie an die Stelle der Erfurter Entwicklungsprognostik gesetzt sohlen möchten, so wissen doch einige Kritiker ganz genau, daß unzweifelhaft große Sozialisierungen bevorstehen und deshalb das Programm einen großen Sozialisierungsplan mit den «klarsten, trefflichsten und propagandistisch wirksamsten Formulierungen» enthalten muß.
So sagt zum Beispiel Ströbel im dritten seiner Artikel über den Programmzwurf:

Die Sozialisierung ist nicht mehr wie vor dem Kriege, und vollends im Jahre 1891, dem Entstehungsjahr des Erfurter Programms, ein Fernziel, dessen Verwirklichung für die nächste Zeitpanne nicht in Frage kommt, sondern eine unmittelbare Gegenwartsaufgabe, deren Verwirklichung im Mittelpunkt der sozialdemokratischen Parteiarbeit steht, auf deren möglichst rasche und reibungslose Lösung sich alle geistigen und organisatorischen Kräfte der Partei zu konzentrieren haben. Gerade deshalb brauchen wir ein neues, modernisiertes Programm, um die Sozialisierungsaufgaben in das Zentrum des Parteiwirkens zu rücken, um für das Prinzip und die Praxis der Sozialisierung die klaren, kritischen und propagandistisch wirkungsvollen Formulierungen zu finden.

Ebenso, nur in vorzüglichster Fassung, sagt Hilferding:


Ganz richtig — unter der Bedingung, daß wir tatsächlich auf dem besten Wege sind, demnächst in den Sozialismus hineinzuspanzen und daher wirklich vor der »unmittelbaren Gegenwartsaufgabe« stehen, die allgemeine systematische Sozialisierung der kapitalistischen Wirtschaftsbetriebe durchzuführen oder, wie Hilferding annimmt, schnell die Fragen sozialistischer Organisationsformen der einzelnen Wirtschaftszwänge zu lösen. Ist aber tatsächlich die Entwicklung der Kapitalorganisationen so weit vorgeschritten, daß ihre allgemeine Sozialisierung als unterdrückendste Gegenwartsaufgabe vor der Tür steht? Wäre das der Fall, dann möchte vielleicht nötig sein, schnell schöne Pläne und Rezepte für die Sozialisierung auszuarbeiten. Wenn nun aber die nächste Wirtschaftsentwicklung sich in wentslichen anderen Bahnen vollzieht, als die Kritiker a la Ströbel und Hilferding annehmen, wenn die weltwirtschaftliche Entwicklung statt zu der verkleinerten sozialistischen Übergangsära zunächst zu der oben erwähnten finanzkapitalistisch-imperialistischen Wirtschaftsära führt — was dann? Hat es einen Sinn, Sozialisierungsrezepte für die Garküche der Zukunft zu fabrizieren, obgleich heute noch kein Mensch zu sagen vermöge, wie diese Garküche aussehen, welche Formate und Kochapparate sie zur Verfügung haben wird und ob überhaupt die schön ausgedachten Rezepte dann noch anwendbar sein werden.

Bisher sind sich die meisten Sozialisierungstheoretiker nicht nur nicht über die einfachsten Vorfragen und Vorbedingungen einer allgemeinen systematischen Sozialisierung einig geworden, sie streiten sogar noch darüber, was denn überhaupt unter Sozialisierung zu verstehen ist und welcher Zweck durch sie erreicht werden soll. Verstehen die einen darunter die Übernahme bestimmter Produktions- und Betriebszüge durch freie Unternehmer- oder Arbeiterverbände beziehungsweise durch Arbeitsgenossenschaften, so die
deren die Bewirtschaftung der Industriewege durch große Selbstverwal-
tungskörperschaften unter Kontrolle des Staates, während dritte die Sozia-
lisierung einfach mit der Verstaatlichung identifizieren. Stampfer versteht
zum Beispiel unter »Sozialisierung« in seinem »Vorwärts«-Artikel eine
bloße »Verstaatlichung« und spottet über jene, die behaupten, unter Soziali-
sierung, die »auf diese Weise erst recht geschlechtlraft« würde,
»sei um alles in der Welt keine Verstaatlichung gemeint«.

Zugleich fordert Stampfer vom theoretischen Teil des neuen Programms,
dass es auf »die wachsende Befehlsgewalt des Staates über die Wirt-
schaft« hinweisen müsse — auf das, was Renners »Durchstaatlichung« nennt. Ich stimme Stampfer bezüglich dieser Forder-
ungen grundfachlich zu. In meinem Buch über die »Marx'sche Ge-
schichte«, »Gesellschaft und Staatslehre« habe ich die Entwick-
lung des Obrigkeitsstaats zum Wirtschaftsstaat ausführlich dargelegt
und daraus geschlossen, dass unsere Partei ihre frühere Stellungnahme zum
Staat ändern muss. Ebenso habe ich mich auch in meinem kleinen Beitrag
der der vorangestellten Schrift »Das Programm der Sozialdemokratie, Vorschlüge für seine Erneuerung« gegen ein Verbanden in der alten Staatsnähe gewandt und auf die Bedeutung des
Staates als Hebel für die wirtschaftlichen Beteiligungs- und Kulturzwecke der
Arbeiterschaft hingewiesen. Schwierig ist es jedoch, diese veränderte Bedeu-
tung der Staat als wirtschaftsbeherrschende Institution für die Arbeits-
schaft gewonnen hat, im theoretischen Teil des neuen Programms allgemein-
verständlich hervortreten zu lassen; denn mit ein oder zwei Sätzen, die kurz-
weg diese neue Bedeutung konstatieren, ist es nicht getan. Es müsste viel-
mehr auf die neue Entwicklungsform des Staates als Grundlage unserer
veränderten Staatsaufgabung hingewiesen werden. Geschieht das, werden wir aber sofort mit der Ideologie jener zahlreichen Parteigenossen im Kon-
flikt kommen, die noch in der alten Staatsidee stecken und im Staat
lediglich eine Herrschaftsorganisation der heisenden Klassen zur Wiederhal-
tung der Arbeiterklasse sehen. Soll trostlos Stampfers Wunsch erfüllt wer-
den, so würde das meiner Ansicht nach am besten nicht im theoretischen Teil,
sondern in den unferen Forderungen an den Staat und die Staatsregierung
zusammenfallenden Teil geschehen, der die Überschrift »Verfassung und Ver-
waltung« trägt.

Es bleibt dennoch, will man nicht in die ferne Zukunft schweifen, nur
übrig, jene Entwicklungserfahrungen zu kennezeichnen, die sich vor unseren
Augen vollziehen und durch die Nachvollzüge des Krieges noch verstärkt
worden sind: die zunehmende Betriebskonzentration, Kapitalanhäufung, die
Bereicherung selbstständiger wirtschaftlicher Einheiten, die fortschreitenden
Fusionen und Verkäufern, die Herausbildung immer mehr und mehr der
Privatmonopole, das Heranwachsen einer neuen aus Kriegstieferanten,
Lebensmittelspekulanten und Gelducherern bestehenden Bourgeoisie, die
der auf der anderen Seite eine Hinunterdrückung zahlreicher bisher bemittelter
gestalter Arbeitnehmer (Gelehrette, Beamte, Schriftsteller, Künstler usw.) in prole-
farische Lebensverhältnisse gegenübersteht. Kurz, es bleibt nur übrig, auf
die Zuführung der wirtschaftlichen und damit auch der sozialen Gegenfänge
in der heutigen Gesellschaft hinzuweisen und das Mittel zu nennen, dass allein
diese Gegenfänge zu überwinden und die Gesellschaft auf eine höhere Wirt-
1920-1921, 2, 98.
Die Neue Zeit

Der Einfluss der sozialistischen wirtschaft.

Dass sich im neuen Programmstufen geschehen. Freilich ist, wie ich gern zugebe, in Rückblick auf den Wunsch, die theoretische Einleitung so knapp wie möglich zu halten, dabei etwas zu summarisch und, wenn man so sagen darf, zu aforistisch verfahren worden. Es wurde der theoretischen Verständnis eines großen Teiles der Parteigenossen mehr entsprochen haben, wenn einzelne Kürzungen nicht vorgenommen und bestimmte Ausführungen schärfer präzisiert worden wären. So könnte es meines Erachtens nicht schaden, wenn durch den Krieg erloschte Klassenverflechtung und der Ab- rutsch verschiedener bisher in gut bürgerlichen Verhältnissen lebender Kreise in das sogenannte Stehkragenproletariat schärfer hervorgehoben würde.

Was ist's mit dem Klassenkampf?


Als Marz in den vierzig Jahren des vorigen Jahrhunderts, besonders im »Ende der Philosophie« und im »Kommunistischen Manifest«, seine Theorie vom Klassenkampf als Triebkraft in der Geschichte der Völker entwickelte, war die Arbeiterklasse noch eine sehr uneinheitliche, unorganisierte Masse. Marz nahm, daher an, zunächst werde sich der Klassenkampf der Arbeiter vereinzelt in kleinen örtlichen Kreisen abspielen und das Kampfobjekt nicht in allgemeinen gemeinsamen Klassenforderungen, sondern in einzelnen örtlichen Lohnforderungen, Arbeitszeitverkürzungen und dergleichen stehen. Mit der Entwicklung der Industrie aber vergrößerte sich auch die Industriearbeiterschaft, und nun würden sich zunächst kleinere lokale, dann größere, mehrere Kreise und Provinzen umfassende Berufsvereinigungen der Arbeiter heraushalten, die dann wieder miteinander Verträge und Bindungen eingehen würden, bis schließlich die Arbeiterchaft, durch die Erfah-
rung belehrt, zu der Anschauung kommen werde, durch berufsgenossenschaftliche (gewerkschaftliche) Kämpfe sei ihre Lage nicht gründlich zu ändern; sie müßte daher einen Druck auf die Regierung ausüben, das heißt neben dem berufslichen einen politischen Kampf führen. Zuerst verfuhe die Arbeiterklasse, diejenigen bürgerlichen Parteien zu unterstützen, die für gewisse von ihr erhobene Forderungen einträfen, dann aber formiere sie sich selbst zu einer großen politischen, auktionsfähigenden Arbeiterpartei, die nun mit der Auswahl der Industrie und der zunehmenden politischen Reife der Industrieberufsklasse immer größere Teile der Arbeiterklasse in sich aufnehmen. So entwickle sich eine große, sich festig ausgebendende politische Klassenpartei, die nun, da die Mittelschichten ihre frühere wirtschaftliche Stellung im Gesamtwirtschaftsprozeß und damit ihr politisches Gewicht mehr und mehr verloren, nur noch allein als große Kämpfgemeinschaft der Bourgeoisie gegenüberstünde.

Die Folge würde sein, wie Marx im "Kommunistischen Manifest" ankündigte, daß sich die Klasseegenfähigkeit immer mehr vereinfachen und schließlich nur noch zwei Klassen miteinander kämpfen: Arbeiterklasse und Bourgeoisie. So heißt es beispielsweise im "Kommunistischen Manifest":

"Unsere Epoche, die Epoche der Bourgeoisie, zeichnet sich dadurch aus, daβ sie die Klasseegenfähigkeiten vereinfacht hat. Die ganze Gesellschaft spaltet sich mehr und mehr in zwei große feindliche Lager, in zwei große, einander direkt gegenüberstehende Klassen: Bourgeoisie und Proletariat.

essenpolitik im Dienste der Arbeiterklasse treiben; sie muß notwendig einen Ausgleich zwischen den Interessen der verschiedenen in ihr vertretenen Klasse treffen.


Vielleicht wird der Görlitzer Parteitag — denn was das Festhalten an alten Parteianschauungen und Parteitradiktionen betrifft, hat ja unsere Partei schon öfter selbst die Ultrakonservativen an Konservativismus übertrifft — beschließen, daß es unbedingt wieder das Wort »Klassenkampf« in das neue Programm hinein muß. Andern wird das an unserer Parteipolitik gar nichts; wir werden dann eben noch eine Zeitlang unter alter Flagge segeln. Und schließlich wird es mit dem Worte »Klassenkampf« gehen wie mit dem Saß im Gothaer Einigungsprogramm:

Es erben sich Gesetze und Rechte
Wie eine ew'ge Frankheit fort.